

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896

299 (20.12.1896) I. Blatt

Ausgabe
Wöchentlich zwölf Mal.
Abonnementpreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe bei der Expedition
bezogen: 2 Mark 50 Pf.,
in das Haus gebracht: 2
Mark 80 Pf., durch die Post
ohne Zustellgebühr 2 Mark
50 Pf. Vorauszahlung.

Badische Landeszeitung.

Anzeigengebühren
Die inhaltliche Kolonnenzeitung
oder deren Raum 20 Pf.,
im Restamenten 60 Pf.
Bemerkungen:
Unbenützte Stellen
werden nicht aufbe-
wahrt und können nachträg-
liche Honorar-Ansprüche
Berücksichtigung finden.

Redaktion und Expedition: Kirchstraße 9. Telefonanschluß Nr. 401.

Nr. 299. I. Blatt.

Karlsruhe, Sonntag, den 20. Dezember

1896

Siehe ein zweites Blatt.

Bestellungen

auf das 1. Quartal der „Badischen Landeszeitung“ bitten wir recht frühzeitig bei den Postanstalten aufzugeben, damit eine Unterbrechung in der Lieferung des Blattes vermieden bleibt. **Neueintretende Abonnenten** erhalten die „Badische Landeszeitung“ für den Rest des Monats Dezember gegen Einfindung der Abonnements-Quittung gratis zugestellt. **Expedition der Badischen Landeszeitung.**

Vom Tage.

Karlsruhe, 19. Dezbr.

Zum deutsch-russischen Neutralitätsvertrag
veröffentlicht die „N. Fr. Presse“ nachträglich noch eine Betrachtung, von der das Blatt Grund hat, anzunehmen, daß darin Friedrichscher Auffassungen zum Ausdruck gelangen. Wesentlich neues ist in den Ausführungen nicht enthalten, die nur den Zweck verfolgen, gegenüber dem vom Abg. Polonzi kürzlich bei seiner Interpellation im ungarischen Reichstag erhobenen Vorwürfen gegen die Bismarcksche Politik noch einmal die volle Gerechtigkeit der letzteren nachzuweisen. „Der deutsch-russische Neutralitätsvertrag, so wird ausgeführt, hatte, kurz ausgedrückt, den Zweck, Rußland zu verhindern, seine Armeen in den Dienst der französischen Revanchegedee zu stellen; er wollte dadurch die Gefahr eines europäischen Koalitionskrieges vermindern. Er war namentlich mit Rücksicht auf die Eventualität geschlossen worden, daß in Rußland politische, panslawistische und französische Einflüsse ein Schwerkrieg erlangten, welches im kritischen Momente auf die russische Politik in dem Maße gebracht haben würde, daß Rußland, ohne durch eigene Lebensinteressen zwingend dazu genötigt zu sein, sich dazu hergeben hätte, den Franzosen zu Elsaß-Lothringen mit der Rheingrenze und der Reaktivierung der 1870 verloren gegangenen „preponderance legitime“ zu verhelfen. Wir glauben, daß dieser Zweck des deutsch-russischen Vertrages nicht nur im Interesse Deutschlands lag, sondern ebensogut in dem Interesse Ungarns, welches dadurch der Verpflichtung überhoben war, seine Soldaten gegen Frankreich zu marschieren zu lassen, wenn dieses Deutschland angriff und dabei von Rußland unterstützt wurde. Der deutsch-russische Vertrag war mithin eine Friedensgarantie im eminentesten Sinne des Wortes, und er hat, wie wir zu wissen glauben, die Zustimmung der österreichisch-ungarischen Staatsmänner nicht nur verdient, sondern auch gefunden. Einwände gegen den Vertrag konnten von österreichisch-ungarischer Seite nur von solchen Politikern erhoben werden, welche entgegen der friedlichen Tendenz des deutsch-russischen Bündnisses die Ansicht vertraten, daß das deutsche Deutschland zur militärischen Hilfeleistung an Oesterreich-Ungarn auch für den Fall verpflichtet, daß letzteres Rußland seinerseits angriffe. Wenn die Vertreter dieser irrigen Auffassung, die immer mehr trans- als eisleitänisch vorbanden waren, im Rechte gewesen wären, dann — aber auch nur dann — wäre der Vorwurf berechtigt gewesen, daß Deutschland versucht hätte, sich seinen Verpflichtungen gegenüber Oesterreich-Ungarn durch den Abschluß des Abkommens mit Rußland zu entziehen; mit dem Dinge aber in Wirklichkeit liegen, hat das deutsch-russische Abkommen nicht nur nicht Oesterreich-Ungarn beeinträchtigt, sondern ihm direkt genützt dadurch, daß es die Verpflichtungen desselben zur militärischen Hilfeleistung an Deutschland de facto einschränkte, ohne andererseits die zu Recht bestehende Verpflichtung Deutschlands gegenüber Oesterreich zu vermindern. Wie schon angedeutet, glauben wir zu wissen, daß die österreichisch-ungarischen Staatsmänner von dem deutsch-russischen Abkommen nicht nur gewußt, sondern das selbe auch gebilligt und stets bereitwillig im Interesse des eigenen Landes es acceptiert haben, daß Deutschland auf Grund seiner Beziehungen zu Rußland in der Lage war, Konflikte zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland oder wenigstens einen friedensbedrohlichen Entwicklung derselben vorzubeugen. Daß andererseits von Oesterreich-Ungarn selbst die Vereinbarkeit eines bilateralen Verhältnisses zu dem verbündeten Staate und zu Rußland anerkannt worden ist, beweisen u. a. die Reden, die Graf Kalnoky im Mai und Juni 1894 im auswärtigen Ausschusse der ungarischen Delegation und im Budget-Ausschusse der österreichischen gehalten hat. Der Minister erklärte damals, daß sowohl bei Kaiser Alexander III.

wie bei dessen Regierung nur günstige Dispositionen gegenüber Oesterreich-Ungarn vorherrschten, und daß dies eines der gewichtigsten Motive dafür sei, daß die militärische Spannung in Europa aufhöre. Die damit dem Charakter der österreichisch-russischen Beziehungen für die Gestaltung der europäischen Verhältnisse beigelegte Bedeutung war eine solche, daß von deutscher Seite die Frage mindestens mit dem gleichen Rechte, wie die des Abg. Polonzi zu stellen gewesen wäre, ob dies vom Grafen Kalnoky befundene intime Vertrauensverhältnis Oesterreich-Ungarns zu Rußland mit der Bündnispflicht gegen Deutschland zu vereinbaren sei. Graf Kalnoky hat aber gleich darauf, als in der deutschen Presse entsprechende Vorhaltungen versucht wurden, in der Sitzung des Budget-Ausschusses des österreichischen Reichstages vom 9. Juni 1894 mit voller Berechtigung erklärt, es sei von den alliierten Regierungen stets daran festgehalten worden, daß ihr Bündnis untereinander gute Beziehungen zu anderen Mächten durchaus nicht ausschließe. „Fürst Bismarck selbst“ — fuhr Graf Kalnoky fort — „der doch den Grundstein zu der Bündnis-Politik gelegt, hat stets ausgesprochen, daß möglichst freundschaftliche Beziehungen zu Rußland die beste Gewähr für die Erhaltung des Friedens seien. Alles, was von Berlin aus in dieser Richtung geschehen ist, wurde von uns stets mit vollem Vertrauen und den besten Wünschen begleitet. Es ist also widerum, daß, wenn wir konstatieren, daß unsere Beziehungen zu Rußland freundschaftlich sind, deutsche Blätter darin etwas erblicken, was eine Entfremdung von unserem Bündnisverhältnis bedeute.“ Diese Äußerungen des Grafen Kalnoky lesen sich wie eine anticipierte Zurückweisung der Verdächtigung, die der Abg. Polonzi jetzt gegen Deutschland gerichtet hat, weil daselbe durch seinen Vertrag mit Rußland gute Beziehungen zu diesem Reiche gepflegt und den Frieden gefährdet hat.

Die „Hamb. Nachr.“ drucken diese Ausführungen der „N. Fr. Pr.“ ab und bemerken dazu: „Die Ausführungen des Wiener Blattes scheinen zu treffend und dazu geeignet zu sein, die Ansicht vollends zu entkräften, daß der deutsch-russische Vertrag ein „Verrat“ an Oesterreich-Ungarn gewesen sei.“

Die Verfassungsrevision in Württemberg
ist wieder um einen Schritt vorwärts gekommen. Die Regierung ist zu einem vorläufigen Abschluß ihrer Arbeiten gelangt und Ministerpräsident v. Mittnacht hat Delegierte der einzelnen Fraktionen auf seinen Donnerstag zu einer Besprechung eingeladen, um zu sehen, wie sich die Kammermehrheit zu den Absichten der Regierung stellt. An der Besprechung nahmen von der Regierung noch der Minister des Innern v. Fischer und Staatsrat Dr. v. Götz teil; von der Kammer waren außer dem Präsidenten Bayer je 1 Vertreter der Deutschen Partei, der Volkspartei, des Centrums, der freien Vereinigung, der Prälatenbank und der Mitternacht anwesend. Gegenstand der Besprechung war ein Vorschlag der Regierung über den Wahlmodus hinsichtlich der neu zu wählenden Abgeordneten, welche im Falle des Ausschiedens der sog. Privilegierten an deren Stelle durch Volkswahl in die Abgeordnetenkammer berufen werden sollen. Es handelt sich in dieser Richtung um Listenwahlen in größeren Wahlbezirken, unter Anwendung des Proportionalwahlgesetzes. Der Ministerpräsident leitete seine Erklärung, nach dem „V. Volksbl.“, ein mit dem Hinweis auf die feierliche Erklärung, die er bei der Redebehalte im vor. Jahre abgegeben hatte und die beinahe dahin gieng, daß die Regierung bereit sei zu einem Ertrag der Privilegierten in der 2. Kammer durch Abgeordnete, die unter Anwendung des Proportionalwahlgesetzes aus größeren Kreisen durch das Volk gewählt würden. Die Frage des Proportionalwahlgesetzes habe die Regierung damals als eine offene behandelt, sich die Schwierigkeiten nicht verhehlt und die Einzelheiten der Lösung dieser Frage sich vorbehalten. Ein Entwurf eines solchen Wahlgesetzes sei nunmehr festgestellt. Der Entwurf wurde den Verammelten vorgelesen. Im Einzelnen seien, so erklärte der Ministerpräsident, Änderungen des Entwurfs wohl noch möglich, im wesentlichen aber nicht, wenn nicht der innere Zusammenhang des Ganzen gestört werden sollte. Er gebe anheim, ob beim Wiedervereinigen der Stände die Fraktionen der Regierung gegenüber über den Entwurf ihre Äußerungen abgeben wollten; wenn dies geschehe, werde das weitere Vorgehen der Regierung nicht verzögert werden. Der Entwurf enthält zunächst eine Berechnungsvorschrift für eine Proportionalwahl nach dem System des belgischen Rechtslehres Victor d'Houdt. Für die Proportionalwahl soll nicht das ganze Land als

ein einziger Wahlkreis, sondern die Einteilung nach Kreisen zu Grunde gelegt werden und zwar sollen nach der Bevölkerungsziffer der Neckarkreis 7, der Schwarzwaldkreis 5, der Donaukreis 5, der Jagstkreis 4 im Proportionalwahlverfahren zu wählende Abgeordnete erhalten. Diese 21 Abgeordneten würden an die Stelle der bisherigen 21 Privilegierten treten. Die Wahl soll in einem besonderen Wahlgang, etwa 3 Wochen nach den Wahlen der Oberamtsbezirke und Städte, stattfinden. Sie geschieht mittels Listenwahl. Die Sitze sollen dabei je nach der Stimmenzahl der Parteilisten auf diese im Verhältnis ihrer Stärke verteilt werden. — Beschlässe sind selbstverständlich bei der Besprechung nicht gefaßt worden. Die Delegierten nahmen vielmehr nur die Mitteilungen des Ministerpräsidenten und eine schriftliche Zusammenfassung der betr. Vorschläge entgegen, um hierüber zunächst ihren Fraktionen Vortrag zu erstatten. Weitere Verhandlungen können erst später erfolgen. — Inzwischen beurteilt das „ultramontane“ „Deutsche Volksblatt“ die Mitteilungen dahin, daß man ersehen könne, daß mit zielbewusster Festigkeit dahin gearbeitet werde, die Verfassungsrevision schon vor ihrer förmlichen Einbringung an die Stände so zu gestalten, daß der Erfolg der Vorlage so ziemlich sicher sein könne. Der demokr. „Beobachter“ hält die Einzelheiten des Verfahrens in dem Entwurf für „klar geregelt“; durch die Mitteilung des Ministers und die geeignete Form derselben sei man „sympathisch“ berührt worden. Der „Schwäb. Merk.“ enthält sich vorerst einer Meinungsäußerung; in den Kreisen der Deutschen Partei herrscht jedoch nur sehr wenig Geneigtheit, dem Vorschlag der Regierung zuzustimmen. Unter den gegebenen Umständen, da es sich nur um die Wahl eines Teiles der Abgeordneten nach dem praktisch noch nicht vollständig erprobten Wahlsystem handelt und somit eine verhängnisvolle Schädigung öffentlicher Interessen im Falle des Mißlingens nicht zu befürchten steht, dürfte man den Erfahrungen, die in Württemberg mit dem Proportionalwahlsystem gemacht wurden, immerhin mit lebhaftem Interesse entgegensehen.

Deutsches Reich.

* Berlin, 18. Dez. Der „Reichsanzeiger“ bestätigt, daß der Kaiser gestern vor dem Diner mit dem Reichskanzler eine Besprechung hatte.

* Berlin, 18. Dez. Der Kaiser hat, wie schon berichtet, dem zweiten Direktor des Instituts Pasteur, Dr. Roux, in Paris, den Kronorden zweiter Klasse verliehen. Zu dieser Meldung bemerkt der „Figaro“, daß diese Auszeichnung offenbar die Antwort des Kaisers auf den Beschluß der Pariser Akademie der Medizin sei, welche den 25 000 Francs betragenden Preis Saint-Paul für die Entdeckung eines wirksamen Mittels gegen die Diphtherie zu gleichen Teilen an Professor Behring und Dr. Roux vergeben hat. Am 15. Dez. wurde die Verleihung des Preises in der Sitzung der Akademie feierlich verkündet, und am selben Tage habe der Kaiser den Dr. Roux deloriert. — Einige chauvinistische Blätter hatten es Dr. Roux nahe gelegt, die Annahme des Ordens, dem Beispiele Pasteurs folgend, abzulehnen. Darauf erklärte Dr. Roux einem Interwiewer des „Matin“, daß er nicht daran denke, den Orden abzulehnen. Die französische Republik habe den deutschen Professoren Pasteur und Behring die Ehrenlegion verliehen, er sehe nicht ein, weshalb er nicht die Auszeichnung von Kaiser Wilhelm annehmen sollte. Pasteur möge seine besonderen persönlichen Gründe gehabt haben, weshalb er den Orden pour le mérite zurückgewiesen habe, aber Pasteur sei Pasteur, und er sei nur Roux. „Wenn zwei dasselbe thun, ist's nicht dasselbe. Pasteur benahm distanziertere Annehmungen an 1870, eine Ablehnung meinerseits wäre einfach Kalamitätshanderei, die nicht in meinem Charakter liegt.“

* Berlin, 18. Dez. Zu der Meldung von der Ermordung des deutschen Kaufmannes Eduard Gaehner von der Firma Gaehner u. Joachimsohn kam die „Nordd. Allg. Ztg.“ ergänzend mitteilen, daß es sich vermutlich um einen Raubmord handelte. Der kaiserliche Gesandte in Tanger verlangte von der Marokkanischen Regierung sofortige Ermittlung und Entschädigung des Schuldigen, bezieht sich aber die Geltendmachung weiterer Ansprüche vor. Es ist zu erwarten, daß die Marokkanische Regierung es sich angelegen sein läßt, den berechtigten Forderungen möglichst schnell und nachdrücklich gerecht zu werden.

□ Stuttgart, 18. Dez. (Vom Landtag.) Der vom Centrum eingebrachte Antrag auf Einbringung eines Gesetzesentwurfs

Kleine Erinnerungen an Jakob Malisch und seine Zeit.

(Fortsetzung.)

A. Das Karlsruher Bürgerthum der 40er Jahre war durchweg liberal und stand in scharfer Opposition zu der Regierung. Die strenge Censur und ähnliche Schikanen, welche den freien Geist unterdrückten, verdrängten nur die Aufregung. Alles schiederte für ein einziges großes Vaterland, aber da die Frage des Dualismus zwischen Preußen und Oesterreich noch ungelöst war, die in unserer Zeit durch Blut und Eisen zur Entscheidung gebracht wurde, und als Wachfrage gar nicht anders entschieden werden konnte, so litten die damaligen politischen Bestrebungen ebenso sehr an Unklarheit, wie an Unsicherheit. In den Regierungen und Höfen der Einzelstaaten erblickte das Volk nur ein Hindernis der Einigung, und daher nahm die Opposition einen erbitterten, feindseligen Charakter an. Die endliche Herstellung des Reiches 1870/71 hat den deutschen Fürsten manches Opfer an ihrer Souveränität auferlegt, aber wenn man gerecht urteilen will, so muß man auch hervorheben, daß der Glanz der Kaiserkrone, der auf sie ausstrahlte, eine beinahe ideal zu nennende Entschädigung gebracht hat. Jetzt achtet das Volk in den Fürsten die Schützer seiner besonderen Interessen und seiner landmannschaftlichen Selbstständigkeit, ist also mit ihnen durch tiefempfundene Interessen aufs innigste verknüpft. Ein Anhänglichkeitsverhältnis, wie es zwischen unsem Großherzog Friedrich und seinem Volke besteht, wäre in den 40er Jahren undenkbar gewesen.

Das Scheitern der Einigungsbestrebungen von 1848/49 hatte die Folge, daß das Bürgerthum als Träger derselben eine Niederlage nach der anderen erlitt, und daß an Stelle der Reform die Revolution trat, bei der nicht mehr das Bürgerthum, sondern eine radikalere Bevölkerungsjugend leitend auftrat. Männer, wie Mathy, der im schwierigen Augenblick (April 1848) von Großherzog Leopold in das Ministerium berufen wurde und dem Gebot der eigenen Pflicht folgte, obwohl er wußte, daß er seine Popularität aufs Spiel setzte, und wie Malisch, der wenige Wochen später (Juli 1848) von der Bürgerthum an die Spitze des Gemeinwesens gestellt wurde, kamen durch den Gang der Dinge in eine bedenkliche Lage, denn als mehr und mehr „Vaterländische Gesellschaft“, „edle Proletarier“, „Freischärer, elässer Wades und politische Flüchtlinge in den Vordergrund der Bewegung traten, mußten jene Männer gegen manches Front machen, was sie

früher selbst unterstützt hatten. Der Vorwurf, Verräter des Volkes zu sein, blieb ihnen nicht erspart. In dieser Lage konnte nur ein auf sicherem Grunde ruhender Charakter die Richtung des Handelns bestimmen, und der war beiden eigen, zum Glück für unser Land und unsere Vaterstadt. Was besonders Malisch betrifft, so wollte er die Einigung Deutschlands und die politische Freiheit, vor allem jedoch fühlte er sich verpflichtet, für die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung zu sorgen, ohne die es seiner Ueberzeugung nach kein Gedeihen gab. Er hatte den Kern der Bürgerthum hinter sich, und das Loben erregter Volkshäufen konnte ihn nicht von dem abbringen, was er als seine Pflicht erkannte. Malisch stand in seinem Amt wie eine Schildwache auf ihrem Posten.

Auf Grund des im April 1848 erlassenen Bürgerwehrgesetzes wurde auch in Karlsruhe eine Bürgerwehr errichtet. Das „Geerscharenkommando“ über dieselbe übernahm der pensionierte Oberst Gerber, früher Kommandeur des Grenadier-Regiments. Die bestehende Feuerwehr fügte sich als organisiertes „Bannier“ in dieselbe ein, ebenso die Schützengesellschaft. Wer keiner von diesen angehörte, trat einem besonderen Bannier bei, und so kam es, daß die Bürgerwehr drei Bannier oder Bataillone zählte, die verschieden uniformiert waren. Ein Exemplar der eigentlichen Bürgerwehruniform nebst dem hohen Helm ist noch im städtischen Archiv zu sehen. Auch Malisch und Mathy wurden sogleich Wehrmänner und standen in Reih und Glied neben einander; ihr Hauptmann war Malischs Onkel, Johann Georg (nicht Christian, so heißt der Sohn) Vogel. Die Bürgerwehr besaß auch einige Kanonen, und wenn ich nicht irre, sind es die nämlichen, deren Donner jetzt den Karlsruhern vom Lauterberg herab den Anbruch eines Festtages zu verkünden pflegt. Das Aussehen der Bürgerwehr mit wehenden Bannieren, eine Schar Tambouren mit dem vielgenannten Tambourmajor Wudenschabel und der Schützengesellschaft, die höheren Offiziere beritten und federbüchsig auf den Schiffsbänken, war für die Karlsruher jedesmal ein Schauspiel, zu dem alle Leute auf den Straßen zusammenliefen. Die Mannschaften sahen schmutz aus und waren gut bewaffnet, gewonnen auch bald eine militärische Haltung, wenn schon manches wohlgeratene Bändlein sich nicht recht in die vorchriftsmäßige Linie fügen wollte. Regimentsübungen fanden auf dem großen Exercierplatz statt, einzelne Abteilungen übten auf dem „kleinen Exercierplatz“, dem jetzigen Fuß-

ballplatzchen, wo kürzlich der Übungsturm der Feuerwehr errichtet wurde.

Und diese Bürgerwehr war in Karlsruhe keine bloße Spielerei. Sie sollte sich nur zu bald in bitterem Ernst erproben, um die Stadt gegen Meuterer und Gesindel zu verteidigen. Oberbürgermeister Malisch handelte in fortwährendem Einvernehmen mit dem Stadtrat und mit dem Bürgerwehrröndamenten, dem Obersten Gerber. Der Besonnenheit, Klugheit und Festigkeit der beteiligten Männer hatte die Stadt Karlsruhe viel zu verdanken. Ich kann hier nicht den ganzen Verlauf des badischen Aufstandes und seine Rückwirkung auf die Residenzstadt schildern; nur zwei Hauptereignisse hebe ich hervor, und zwar teils nach Festschichtgeschichte, teils nach Malischs, mit Randnoten versehenem Exemplar von Häufers Denkwürdigkeiten, teils nach ungedruckten Aufzeichnungen des verstorbenen Bankiers Koelle (Vaters des jetzigen Bankiers dieses Namens), die auch von Fecht und Häuper benutzt wurden. Koelle hatte als Adjutant des Bürgerwehrröndamenten Gerber genauen Einblick in die Vorgänge.

Zweimal, als das Unheil, wie die Karlsruher sich ausdrücken: „auf Spitz und Knopf“ stand, wurde daselbe noch glücklich abgewendet. Das erstemal gab die Bürgerwehr die Entschädigung in jener verhängnisvollen Nacht vom 13. zum 14. Mai 1849, da ein wilder Haufe das Zeughaus am Durlacherthor stürmen wollte, um sich Waffen und Munition zur Verübung weiterer Gewaltthat zu verschaffen. Am 13., abends 7 Uhr, als die Haltung der auf dem Marktplatz und in der Langen (jetzt Kaiser-) Straße wohnenden, durch meuterische Soldaten verstärkten Menge anfang, bedrohlich zu werden, wurde die 7. und 8. Kompagnie der Bürgerwehr und ein Teil der 1. Kompagnie der Feuerwehr, im ganzen etwa 200 Mann, zum Dienst an das Rathaus beordert. Hier war in dem kleinen Saal (an der Altane mit dem hohen Säulen) Oberbürgermeister Malisch mit dem Gemeinderat, dem Stadtdirektor und dem Polizeiamtman „in Bernadens“ versammelt, wozu etwas später noch Oberst Gerber kam. Der Lärm des Schreiens und Schießens auf dem Marktplatz wurde immer stärker, so daß man nicht mehr zu der Menge sprechen und sie beschwichtigen konnte.

(Fortsetzung folgt.)

betr. Entschädigung für die Verluste durch die 10. Rachenkrankheit und Nottschlachungen bei der Maul- und Klauenpest wurden wohl allseitig freundlich aufgenommen, aber es wurden auch die Schwierigkeiten nicht verkannt, die sowohl technisch wie finanziell sich einer solchen Vorlage entgegenstellen würden. Aus diesem Grunde hatten Schock u. Gen. einen Antrag eingebracht, die Gröber'sche Forderung einer Kommission zu überweisen. Als der Minister des Innern v. Bischof seinerseits auch noch erklärt hatte, daß die Regierung fortgesetzt die Entschädigungsfrage erwäge, daß sich ihr aber große Schwierigkeiten entgegenstellten, modifizierte Gröber seinen Antrag dahin, die Regierung möge bezüglich der Möglichkeit der Entschädigungen dem hohen Hause Mitteilung machen. In dieser Fassung fand der Antrag erhebliche Annahme. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Angelegenheit bei uns eine Regelung erfahren wird, wie in Bayern. — Welch riesigen Umfang die Maul- und Klauenpest in Württemberg angenommen hat, geht aus der vom Minister gemachten Äußerung hervor, daß jetzt, im Dezember, 366 Gemeinden und 2081 Gehöfte verheert sind. Nebenbei konstatierte der Regierungskommissar, daß auch manche andere Krankheiten der Maul- und Klauenpest in die Schuhe geschoben werden, und daß beispielsweise das sogenannte Ausschlagen (Verlust der Nase) sehr oft eine Folge schlechter und nasser Strenge sei. — Es gab sodann heute noch eine erste Lesung des von der Regierung eingebrachten Entwurfs betreffend Abänderung des Polizeistrafrechts. Aus derselben sind besonders hervorzuheben die beständigen Angriffe, welche der Abg. Rembold, unterstützt von Gröber, gegen die allerdings oft recht geschmacklosen Postkarten mit Figuren und Versen richtete. Am Ministerisch und auch sonst im Hause sah man die Sache allerdings nicht so tragisch an, wie das Centrum, aber der Minister erklärte, er sehe einem Amendement zu der Frage entgegen. Daß der Entwurf auch die Wirte bestrafen will, welche an jugendliche Personen geistige Getränke abgeben, fand wohl günstige Aufnahme, aber der Abgeordnete J. Gaußmann verhehlte sich nicht, daß sich die Schattenseiten dieser Verordnung doch wohl bei den Gerichtsverhandlungen herausstellen könnten. Der Abg. Sachs sprach sein Bedauern darüber aus, daß durch die Sonntagsruhe der Wirtshausbesuch ganz bedeutend zurückgenommen habe. Nicht mit Unrecht wurde von dem Prälaten v. Sandberger darauf hingewiesen, daß die Pflege der heranwachsenden Jugend ganz allein den Geistlichen und Lehrern überlassen werde und daß die Gemeinde sie nicht unterstützen könne. Ob sein Geismittel, die Errichtung von Gemeindehäusern, wo auch die Jugend versammelt werden kann, den gewöhnlichen Zweck haben würde, wagen wir nicht zu entscheiden. Man wies den Polizeistrafrechts-Entwurf an die Justizgesetzgebungs-Kommission. Der Landtag wurde heute bis auf weiteres vertagt.

Ausland.

Rom, 18. Dez. (Deputiertenkammer.) Bei Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Apanage von 1 Million Lire für den Prinzen von Neapel beantragt Imbriani, daß die Civilliste, welche der Kontrolle des Parlaments unterworfen sei, durch Gesetz um eine entsprechende Summe gekürzt werde. Lanza (radikal) wünscht eine Verminderung der Civilliste. Costa und Andrea (Soz.) bekämpft den Gesetzentwurf aus Prinzip, da er nicht die Verkürzung, sondern die Abschaffung der Civilliste wünsche. Die sozialistische Partei sehe die Monarchie als unnützlich und schädlich an. (Große Unruhe.) Der Präsident ruft Costa unter allgemeiner Zustimmung zur Ordnung. Costa fährt unter Lärm des Hauses fort. Hierauf entzieht der Präsident unter Weisung des Hauses dem Bericht über die Apanage unter dem Vorwand, daß das Parlament nicht genügend die Rechte der Majorität schütze. (Lebhafte Beifall.) Redner beauftragt ferner, eine Abänderung des Reglements stets bekämpft zu haben, und spricht die Hoffnung aus, die Kammer werde für eine Abänderung Sorge tragen, welche sich namentlich als Notwendigkeit aufdränge. (Bravos und Beifall.) Der Ministerpräsident widerlegt sodann die Ausführungen des Vorredners und schließt sich an Imbriani anwendend: Das Haus Savoyen habe so tiefe Wurzeln in der Liebe des Volkes geschlagen, daß es nie nötig haben werde, zur eigenen Verteidigung die Waffen zu ergreifen, sondern einzig zur Wahrung der Ehre des Vaterlandes. (Allgemeiner, langanhaltender Beifall.) Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Unter allgemeinem Beifall wird folgender Antrag angenommen: Die Deputiertenkammer beauftragt ihren Präsidenten, der Dolmetsch ihrer Dankbarkeit und Ergebenheit die dem Könige zu sein. Hierauf wird Artikel 1 des Gesetzes, welcher die Apanage auf 1000000 Lire festsetzt, genehmigt. Imbriani stellt den Abänderungsantrag, nach welchem die Civilliste um 1000000 Lire gekürzt werden solle. Diefem Abänderungsantrag gegenüber stellt Ministerpräsident di Rudini unter dem Beifall des Hauses die Vorfrage, welche in namentlicher Abstimmung mit 263 gegen 26 Stimmen genehmigt wird. Schließlich werden die übrigen Artikel des Gesetzes angenommen.

Frankreich.

Paris, 18. Dez. (Deputiertenkammer.) Abg. Adam richtete eine Anfrage an den Kriegsminister Willot über den Tod eines Soldaten, der infolge von Mißhandlung eingetreten sein soll. Der Kriegsminister erwidert, daß die Schuldigen bereits zur Strafe gezogen seien und daß die Untersuchung eingeleitet sei, um festzustellen, ob die Mißhandlung eine Folge mangelnder Aufsicht seitens der Vorgesetzten sei. (Beifall.) Das Haus genehmigte sodann die Vorlage betr. den Kredit für die Beteiligung Frankreichs an der Brüsseler Ausstellung, setzte jedoch die geforderte Summe von 881000 auf 649000 Frs. herab. Alsdann wird die Beratung des Kriegsbudgets wieder aufgenommen. — Der Senat hat den Kredit für die Empfangsfeierlichkeiten zu Ehren des russischen Kaiserpaars einstimmig und debattelos genehmigt.

Rußland.

Petersburg, 18. Dez. Die auswärts verbreitete Meldung von der Schließung der Universität Charkow ist unbegründet.

Balkanhalbinsel.

Konstantinopel, 18. Dez. Der russische Botschafter von Melidon wird morgen von Sultan in Audienz empfangen werden. Morgen findet die erste Botschafterversammlung seit der Rückkehr Melidon's statt.

Afrika.

Kairo, 18. Dez. Es wird berichtet, daß die bisher in Nordafrika verarmte Armee in Omdurman angekommen ist, wo eine große Anzahl von Kamelen zusammengebracht ist. Der Zweck dieser Bewegung ist unbekannt. Die befreundeten Araber sind in Furcht vor den Derwischen und glauben, daß dieselben Streifzüge nach den Brunnen unternommen werden, um das Vieh zu rauben. Der Telegraphendraht zwischen Suakin und Tokar ist zerschnitten. General Kitchener ist in Dongola eingetroffen.

Baden und Nachbarländer.

Karlsruhe, 19. Dez. Bei den letzten Mannheimer Bürgerauswahlen ist bekanntlich die Freisinn-Demokratie unter dem Schutze der „Gegen das Diktat“ wieder die Nationalliberalen zu Felde gezogen. Das erste, was die „prinzipiellen“ Diktatfeinde taten, als sie die Herrschaft auf dem Rathhause hatten, war die

Verlängerung des Bierkrois. Die Reden der Freisinn-Demokraten liegen dabei zur Genüge erkennen, daß es auch in Zukunft mit der Beseitigung des Diktat's gute Wege haben wird, so daß das Rathhous des Herrn Dr. Weill, der im Karlsruher Bürgerauswahlen den Zweifeln in die praktische Beseitigung der Diktat's seine Freunde in Mannheim den können Satz entgegen geschleudert, daß im Gegenfatz zu anderen Parteien die Freisinn-Demokratie ihr Wort zu halten pflege, heute noch komischer wirken muß, als am 30. November. Zu allem Ueberflusse schreibt der demokratische „Mannh. Anz.“ in seiner Nummer vom 18. Dezember:

„Wenn man das Bier oder gar den Tabak als Lebensmittel bezeichnet, muß man der deutschen Sprache schon Gewalt antun. Bier und Tabak sind nach der Ansicht aller Leute, die ihre Muttersprache kennen, Genußmittel. Gewiß, sie sind notwendige Genußmittel und man muß daher gegen ihre höhere Belastung Front machen. Aber die Neubelastung und die Beibehaltung einer länglich bestehenden Belastung, auf die sich das Verkehrsleben bereits eingerichtet hat, sind manchmal ganz verschiedene Dinge. So wird v. Niemand behaupten wollen, daß die Beseitigung des hiesigen Bierkrois den Biertrinkern einen Vorteil brächte.“

Das ist genau das, was die Herren Schneker, Schneider und Fieser im Karlsruher Bürgerauswahl am 30. Nov. den Herren Dr. Weill, Heimbürger und deren Genossen von der sozialdemokratischen Farbe vorgehalten haben. Was sagen dieselben jetzt?

Heidelberg, 18. Dez. In der heutigen Bürgerauswahl wurden sämtliche an dieser Stelle angeführten Vorlagen des Stadtrates, u. a. diejenige bezüglich der Aenderung in der Erhebung der Bierverbrauchssteuer genehmigt. — Die Direktion des Stadttheaters ist auf weitere 5 Jahre an Direktor Heinrich, mit dessen Leitung man seit langen Jahren sehr zufrieden ist, weiter vergeben worden. — Im Stadttheater hat man im Schauspiel mit vielem Glück auf Palm's Sohn der Wildnis zurückgegriffen. In der Oper ist „Gänzel und Gretel“ in Vorbereitung.

Vom Bauland, 18. Dez. Eine größere Anzahl von Zeitungen des badischen Hinterlandes — darunter auch die Amtsverlängerung — haben in den letzten Tagen „Eingefendet“ gebracht, in welchen angeführt der geringen Obsterte der beiden letzten Jahre Moosfuhzen in Extraktform angepriesen waren mit dem Versprechen, daß eine Portion zu 3.20 M. 150 Liter Getränke gebe. Was an diesen famosen Moosfuhzen ist, ergibt sich aus nachstehenden Zeilen, welche „des deutschen Landmanns Jahrbuch 1897“ von Heinrich Fehr. von Schilling entnommen sind:

In Süddeutschland wird ungeheuer viel Obstmoos d. h. Obstweizen auf dem Lande gemacht und verbraucht. Das ist erstlich, nicht erstlich, daß sich nur Schmierer darin legen, um den Verbrauch zu steigern mit „Kunstmoos“, das Geld aus dem Beutel zu locken. Händler und Leber auch einzelne Apotheker (ihre Kollegen verurteilen das sicher) bieten dem Landmann und Städter Moosfuhzen in Extraktform an, mit denen man um 8 M. 20 Pf. 150 Liter gefunden haltbaren vorzüglichen Most machen könne! Prof. Dr. Fieser bezeichnet es als einen blaffen Anflug, für das Zeug das verlangte Geld auszugeben. Es liefert thätlich nur die Saure aus Lamariniden (Abführmittel) und Weinfein bestehend. Den Zucker zur Gährung muß man sich noch extra kaufen. Solches Geßoff ist weder gesund noch haltbar. Der ehrliche Landmann muß sich ja schämen, solches Zeug aus der Tisch zu bringen oder seinen dürftigen Gehnde als die Gottesgabe „Moos“ vorzusetzen. Das Jahrbuch warnt nachdrücklich davor, gutes Geld für solches Zeug auszugeben.“

Wir nehmen gerne an, daß wohl die überwiegende Mehrzahl der Redaktionen, welche obiges „Eingefendet“ aufgenommen haben, in Unkenntnis über den wahren Sachverhalt waren, und hoffen mit allen wohlgeleiteten Leuten, daß dieselben, nachdem die Sache einmal in einem in ganz Baden gesehener Blatte besprochen worden ist, nicht durch fernere Veröffentlichungen zu einem Erfolge mitwirken, der auf eine unverantwortliche Lieberverteilung des „Landmanns“ hinausläuft.

Kastatt, 18. Dez. Das „Kastatter Tageblatt“ vom 16. Dez. hat sich aus Karlsruhe ein Rufus-Gi vorschreiben lassen; dieses Blatt tritt demnach die Erbfolge des nunmehr aufgehobenen nationalliberalen „Kastatter Wochenblattes“ an und da sieht das unparteiische Organ wohl sofort die Verpflichtung, seine besondere Farbe der Bevölkerung in Kastatt zum Vortrag zu bringen und zu zeigen, daß man auch als ultramontan-demokratischer Bruder doch ein richtiger Amtsverlängerer werden kann. Die „fortwährenden Angriffe auf alles, was katholisch ist, haben eine tiefergehende Erbitterung in die katholischen Bevölkerungsklassen unseres Landes hineingetragen, die sich jetzt nicht nur ausschließlich gegen die „Landzeitung“, sondern auch gegen die nationalliberale Partei richtet.“ Das ist das Karlsruher Rufus-Gi; wir aber zweifeln nicht, daß die jüngsten Bürgerauswahlen in Kastatt, die so glänzend für die nationalliberale Partei zum Austrag gebracht worden sind, unsere vereinigten Gegner recht lebhaft verchnupft haben und dieser Schnupfen scheint sich auch auf das „unparteiische“, demnachige Amtsverlängererblatt verbreitet zu haben, denn wenn es nicht ganz stimmperft ist, muß es doch wissen, daß die nationalliberale Partei und die „Bad. Landeszeitung“ den Kampf nicht gegen alles „was katholisch ist und katholisch heißt“ führt, sondern gegen die ultramontan-demagogische Proletarisierung oder Geinnungsverwilderng, die vorgeht, katholisch zu sein, während sie im Gegentheil eine religiös-politisch verwilderte Demagogie ist, mit dem Streben, unsere Bevölkerung in diesen Strudel mit hinabzuziehen und sie für nationales Leben und inneres religiöses Empfinden stumpf zu machen. Aus den parteilosen Organen wachsen nur zu oft die fanatischen Blätter heraus; möge sich das Kastatter unparteiische Blatt über die politische Denkweise in Kastatt seiner Täuschung hingeben; die größte politische Partei dieser Stadt ist die nationalliberale, und sie wird sich diesen Charakter bewahren, auch wenn das neue „unparteiische“ Organ Amtsverlängerer geworden sein sollte.

Kastatt, 18. Dez. Durch eine Stuttgarter Verlagsbuchhandlung werden „Brüderlich-Postkarten“ in den Handel gebracht und sind solche auch hier schon kolportiert worden. Wie der „Anz. f. St. u. L.“ richtig bemerkt, ist solche geschäftliche Ausbeute des traurigen Falles einfach ein Skandal, gegen den das Publikum energisch auftreten sollte (und den hoffentlich die Postverwaltung unmöglich machen wird. D. Red.). — In meiner gestrigen Notiz über das bevorstehende Jubiläum zweier hiesiger Beamte muß es selbstverständlich „20-jähriges“ heißen, und nicht, wie der Druckfehlerseufz meint, 25-jähriges.

Rehl, 18. Dez. Heute Abend spielte sich in Dorf Rehl, unmittelbar vor dem Rathhause eine allgemeines Aergernis erregende Scene ab. Der Unteroffizier Bernschin vom Pionier-Bat. 14 warf einem Milchhändler den mit gefüllten Milchkannen beladenen Karren um, so daß der Inhalt der Kannen größtenteils auf die Straße floß. Dem Polizeidiener Weinhardt gelang es, des Täters in einer naheby Wirtshaus zu fassen zu werden. Der hundertende Bürgermeister fragte den Bernschin nach dem Namen, wurde aber mit Beleidigungen überhäuft. Die Wache des hiesigen Bataillons vom Regt. 143 arretrierte den Unteroffizier, der erst nach längerer Auseinandersetzung Folge leistete und sich am Wachtlokal verhalten widerstand, daß die Wache das Seitengewehr aufzulassen genötigt war.

Freiburg, 17. Dez. Der akademische Senat hat lt. „Brg. Jg.“ gestern das bis zur gerichtlichen Aburteilung der Hauptbeteiligten eingestellte Disziplinarverfahren wegen der Pöngistandale auf dem Feldberg zum Abschluß gebracht und gegen folgende Mitglieder des Corps „Gassoborussia“ Strafen verhängt: Studiosus Helm wird relegiert, dem Studiosus Vorgesetzte und Lepphite wird die Relegation angedroht, die beiden Exhargierten des Corps erhalten je eine Woche Carcer. Die Suspension des Corps für das laufende Semester bleibt aufrecht erhalten.

Görwihl, 16. Dez. Man spricht oftmals über die Thatfache, daß die Bevölkerungszahl in den Landorten ab- und in den Städten zunehme. Zu erlernen giebt das „Süd. Volksbl.“ ein Beispiel: Die Pfarrei Görwihl mit ihren 7 Filialen zählte im Jahre 1860 3960 Seelen, 1875 3200, 1880 2990, 1885 2835, 1890 2655, 1895 2550 Seelen. Die Zahl der Geburten besagt: 1860 142, 1875 101, 1880 103, 1885 78, 1890 65, 1895 58. Dazu muß noch die Bemerkung gemacht werden, daß seit 8 bis 10 Jahren der Wohlstand durch die fruchtbaren Jahre und den vorzüglichen Gang der Industrie sich bedeutend gehoben hat, und doch diese bedeutende Abnahme der Bevölkerung!

Donaueschingen, 18. Dez. Der „Straßb. Post“ wird aus Karlsruhe geschrieben, daß es im 2. Reichstagswahlkreis schon ziemlich lebhaft hergehe. Nach unserer Wahrnehmung entspricht diese Meldung den tatsächlichen Verhältnissen nicht. Abgesehen von einigen Press-Mitteilungen über die Kandidaten der einzelnen Parteien herrscht noch tiefe Ruhe, der unheimlichen Stille vor dem Gewitter vergleichbar, das erst mit voller Macht losbrechen wird, wenn der grimmige Wahlfeldmarschall Wader auf der Bildfläche erscheint und „Leben in die Bube“ bringt. Dann heißt es aber auch, wenn dieser Apokal nach dem Frieden des Weihnachtsfestes die Kriegstrompette ertönen läßt. „Alle Mann an Bord!“ Es steht ein heißer Kampf bevor, dem wir aber im Vertrauen auf unsere gute Sach- und den gesunden Sinn, der sich bei der Bevölkerung der Baar noch immer glänzend bewährt hat, mit Ruhe und Zuversicht entgegensehen. (D. Wbl.)

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 19. Dez. — **Gosbericht.** Der Erbgroßherzog ist gestern Vormittag von Baden-Baden hier eingetroffen und hat als Vertreter E. K. G. des Großherzogs der Feier der Entfaltung des Leib-Grenadier-Regiments teilgenommen. Nach der Feiertag begab er sich in das Palais des Prinzen Wilhelm, gratulierte demselben zum Geburtstag und nahm dann bei dem Prinzen und der Prinzessin Wilhelm das Frühstück ein. Den Nachmittag verbrachte der Erbgroßherzog bei dem Offizierscorps des 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109, welches den Nuits-Tag festlich beging. Die Rückkehr nach Freiburg erfolgte abends.

— **Ein größerer Schneefall.** Der von gestern Nachmittag bis in die frühe Morgenstunde anhielt, hat die Residenz in ein winterliches Gewand gehüllt. Die Straßen wurden heute früh in der Eile, so gut es ging, gekehrt, so daß namentlich die Pferdebahn den Verkehr nicht unterbrechen mußte.

— **Giltigkeit von Rückfahrkarten an den Weihnachtsfeiertagen.** Auf direkte Anfrage bei der Direktion der Main-Neckarbahn wurde die allgemeine Zeitungsnachricht bestätigt, daß sowohl im Lokalverkehr der Main-Neckarbahn, wie auch im Verkehr mit der Großb. badischen Staatsbahn die am 22. Dezember und den folgenden Tagen gelieferten Rückfahrkarten zur Rückfahrt noch am 6. Januar 1897 gelten. Bekanntlich kann man einfache und Rückfahrkarten von Heidelberg oder Schwetzingen nach Frankfurt auch in Karlsruhe und an einigen anderen badischen Stationen am Schalter erhalten. Es wäre doch zu wünschen, daß solche wichtige Nachrichten allen betr. Stationen recht frühzeitig dienlich zugehen, damit die Beamten nicht erst aus den Zeitungen oder durch Mitteilung von Privatpersonen davon Kenntnis erhalten.

— **Zur Anstellung von Militärämtern in Gemeindefeld.** schreibt die „Karlsruh. Jg.“: Neuerdings hat in den größeren Städten des Großherzogtums eine Bewegung platzgegriffen, welche sich gegen die Anstellung von Militärämtern in Gemeindefeld richtet. Abgesehen von den dabei unterlaufenden mannigfachen Unrichtigkeiten und Uebertreibungen muß diesen Bestrebungen gegenüber daran erinnert werden, daß dieselben im gegenwärtigen Zeitpunkt der Hauptfache nach verpätet sind. Denn die Verpflichtung, die Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Kommunalbehörden vorzugsweise mit Inhabern des Civilverordnungsgehimes (Militärämtern) zu besetzen, ist durch § 77 des Reichsmilitärpensionsgesetzes in der Fassung des Reichsgesetzes vom 22. Mai 1893 festgelegt; ihr muß daher namentlich zweifellos entsprechen werden. Alle Einwendungen und Bedenken, die gegen die Besetzung der Militärämter bei der Besetzung der Unterbeamtenstellen im Gemeindefeld ins Feld geführt werden, hätten somit im Reichstags vorgebracht werden sollen, als die erwähnte Novelle zum Reichsmilitärpensionsgesetz zur Beratung stand. Allein damals ist das von keiner Seite gekehren, vielmehr wurde jene Erweiterung des § 77 vom Reichstag einstimmig genehmigt. An eine Wiederaufhebung dieser Vorschrift kann jetzt um so weniger gedacht werden, als dazu in Ansehung der Reichsverfassung die Zustimmung Preußens nötig wäre, das bei Gesetzesvorschlägen über das Militärwesen im Bundesrat bekanntlich den Ausschlag giebt, wenn es sich für die Aufrechterhaltung der bestehenden Einrichtungen ausspricht. Daß aber dies hinsichtlich der Verpflichtung zur Verwendung der Militärämter in Kommunalämtern gekehren würde, liegt ohne weiteres auf der Hand. Somit erübrigt heute nach Lage der Dinge nur, sich mit der reichsgesetzlichen Vorschrift bestmöglich abzufinden. Dem Bundesrat obliegt nach der Bestimmung des Reichsgesetzes die Feststellung der zum Vollzuge erforderlichen allgemeinen Grundzüge; unerfüllbar ist daher auch der mehrfach hervorgetretene Wunsch, daß der Volkzug der Bundesregierungen vollständig überlassen werden möge. Hingegen empfiehlt sich, darauf hinzuwirken, daß die vom Bundesrat zu beschließenden Grundzüge unbedingt der Erreichung des gesetzlichen Zweckes einer ausreichenden Vorsehung der Militärämter eine Fassung erhalten, welche eine wesentliche Einschränkung der bisherigen Selbstverwaltung der Gemeinden auf dem in Rede stehenden Gebiete vermeiden und der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen deutschen Bundesstaaten metzessende Rechnung tragen. In diesem Sinne hat, wie wir hören, die Großb. Bad. Regierung schon vor Monaten zu dem dem Bundesrat zugegangenen Entwurfs von Grundzügen über die Anstellung der Militärämter in Gemeindefeld Stellung genommen, nachdem unter Vahrung des nach dem damaligen Stande der Sache gebotenen vertraulichen Charakters der Angelegenheit somohl einem Vertreter der Städte der Städteordnung, wie einem solchen der mittleren Städte des Landes Gelegenheit zur Äußerung gegeben worden war.“

Schm. Mitteilung aus der Stadtratsitzung vom 17. Dez. Bei dem Bau der Alkanstalt hat sich eine Ueberrückung von 2374.28 M. ergeben, hervorgerufen durch verschiedene bei der Ausführung hervorgetretene Umstände. Zu der Kreditüberweisung soll die nachträgliche Zustimmung des Bürgerausschusses eingeholt werden. — In dem Entwurf einer Abänderung des Gehalts-tarifs für die städt. Beamten soll ebenfalls die Zustimmung des Bürgerausschusses beantragt werden. — Der Vorstand des neu errichteten städt. statistischen Amtes, Herr Dr. Friedr. Schäfer, hat seinen Dienst am 15. d. M. angetreten. — Aus der Beist und Helene Homburger-Stiftung, deren Zinsen zur Beschaffung von Lehrmitteln für Schüler hiesiger Volksschulen verwendet werden sollen, sind erstmals 570 Mark verfügbare. Auf Antrag der Schulkommission wird genehmigt, daß das Zinsenerträgnis zu drei gleichen Teilen der einfachen Volksschule, der erweiterten Volksschule und der Bor-, Bürger- und Töchterchule zur Beschaffung von Lehrmitteln für würdige und bedürftige Schüler zugewiesen werde. — Dem Verein badischer Lehrerinnen soll auf Ansuchen auch für das Jahr 1897 ein Zuschuß von 500 M. in Aussicht gestellt werden. — Die öffentliche Beleuchtung in der Kuppelstraße zwischen Nebenhaus und Spohrstraße soll durch Anstellung einiger Laternen verbessert werden. — Der

Spezial-Seidenwaaren-Haus **HIRT & SICK** Nachfolger,

en gros — en detail,

KARLSRUHE, Kaiserstrasse 201.

Mit Rücksicht auf bevorstehendes Weihnachtsfest bieten wir durch verzeichnete — besonders vorteilhafte Angebote — günstige Gelegenheit zu

Weihnachts-Einkäufen.

Schwarze, reinseidene Robenstoffe.

Solideste Qualitäten:

Merveilleux. Robe: 12—14 Meter. Mf. 22, 24, 30, 36 zc.

Armure. Robe: 12—14 Meter. Mf. 30, 33, 36, 42 zc.

Seiden-Damast. Kleine Fantasie-Muster auf Satin- und Faille-Fond. Robe: 12—14 Meter. Mf. 22, 24, 30, 36 zc.

Seiden-Damast. Reiche Muster-Auswahl auf schwerem Satin, Diagonal- und Faille-Untergrund. Meter Mf. 3.50, 4, 4.50, 5 zc.

Farbige, seidene Robenstoffe.

Shanghai u. Surah imprimé. Aparate Muster auf schwarz, mittel und hellfarb. Fond. Meter Mf. 1, 1.25, 1.50, 1.75 zc. Besonderer Gelegenheitskauf.

Bengaline in glatt und vielen neuen Jacquard-Effecten. Alle Lichtfarben zu Ball- und Gesellschafts-Kleidern. Meter Mf. 1.25, 1.50, 1.75, 2 zc.

Surah und Armure Raye. Praktisches Besuchs- und Straßenkleid. Meter Mf. 1.80, 2, 2.25, 2.50 zc.

Satin und Armure glacé. Neue kleinere und größere mehrfarbige Fantasie-, Blumen- und Ranken-Muster. Meter Mf. 2, 2.25, 2.50, 3 zc.

Taffetas, Faille, Gros de Londres etc. Wundervolle Dessins in den neuesten Farben-Zusammenstellungen. Meter Mf. 2.50, 3.50, 4.50, 5.50 zc.

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten widmen wir die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Gatte, Vater und Bruder, **Otto Brehm, Postmeister,** im 49. Lebensjahr, nach langem schmerzlichen Leiden, versehen mit den hl. Sterbsakramenten, heute Abend 8 Uhr sanft entschlafen ist. Um stille Teilnahme bittet 5766.1
Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen: **Rosa Brehm, geb. Schorr,** nebst Kindern **Madolsen,** 17. Dezember 1896.
Die Beerdigung findet in Heidelberg statt.
Dies statt jeder besonderen Anzeige.

Zu Weihnachten

empfehlen 5575.—10
Stiche, Radierungen, Gravüren.

Letzteres moderne Verfahren der graphischen Kunst, welches unbedingt der **vergänglichsten Photographie** vorzuziehen ist, eignet sich besonders als Wandschmuck. In überaus reicher Auswahl vorrätig bei

E. Büchle, Kaiserstrasse 149. Kunsthandlung.

Pelzwaren.

Da nur während der Saison einen Laden unterhalte, dadurch Ersparnis hoher Ladenmiete, deshalb billigste Preise. Reparaturen, Aufertigungen schnellstens. 5767.2.1

Karl Müller, Kürschner, Kaiserstrasse 245, beim Mühlbühlertor.

Fritz Leppert, Karlsruhe. Ein sehr hübsches, 500 Nr großes **Gut**

in vorzüglicher und gesünder Höhenlage, mit Privat u. öffentl. Wasserleitung, i. d. Nähe einer südl. Residenz, brillant zu einem herrschaftlich gerichtet, ist zum billigen Preis von **20,000** zu verk. Abz. in der Expedition d. Bl. unter Nr. 5566.6.4

Weihnachtsgeschenke von dauerndem Werth.

Theatergläser, Feldstecher, Perspektive für Militär, Jagd, Reise und Sport, Kompass, Stereoskope und Vergrößerungs-Apparate. **bei stetem Eingang von Neuheiten** in vorzüglichster Auswahl am billigsten bei 5774.2.1
Optiker G. Barth, Kaiserstrasse 215, Ecke der Karlsruher, gegenüber vom Moninger.

Special- und Versandgeschäft opt.-physikal. Gegenstände Die in illustrierten Preislisten und von auswärts angebotenen Instrumente können von mir in gleichen Qualitäten 5—20% billiger bezogen werden.
Brillenmanufaktur. Lognetten mit kurzem und langem Griff von Schildkrot, Horn etc. **Etuis — Ketten — Schnüre.**

Die erste Sendung frischer Strassburger

Gänseleberterrinen von **Louis Henry** ist eingetroffen bei 5762.2.1
Louis Lauer, Grossh. Hoflieferant, Akademiestrasse 12.

C. W. Keller,

seit 30 Jahren am Ludwigplatz, empfiehlt beim Einkauf von **Weihnachtsgeschenken** zu billigen Preisen:
Damenwäsche, weiß und farbig, Hemden, Hemdkleider, Nachtsachen, Unterröcke, Schürzen, Corsetten, Wollwaren.
Mey u. Edlich's Stoffwäsche zu Fabrikpreisen, Herrenhemden, Unterleiden, Taschentücher, Hosenträger, Cravatten, Cachenez zc.
Kinderkleidchen, Kindermäntel, Knabenanzüge, Hüppchen, Säurzchen, Kinderwäsche, Tragkleidchen, Wollwaren.
Sonntagsverkauf der Weihnacht von 11 Uhr vormittags bis abends 8 Uhr. 5466.3.3

Ausser meinem etwa 100 Instrumenten zählenden

Pianofortelager empfehle ich eine seine u. reiche Auswahl von 5070.12.11

Harmoniums, deutschen und amerikanischen Systems, für Familie, Schule und Kirche von Mk. 80.— an.

Ludwig Schweisgut, Hoflieferant, KARLSRUHE, 31 Herrenstr. 31.

Gaskoks beste Marke, großflüchtig und gedreht, liefert billig 5439.5.3
Gebirg Vogel, Düsseldorf.

Pianos, kreuzs., v. 380 Mk. an. Ohne Anz. & 15 M. mon. Kostentfrei 4 wöch. Probensond. Fabr. Stern, Berlin, Neanderstr. 16. 4077.18.15

Karlsruhe, den 19. Dez. Gottesdienst am 20. Dezember. — Evangel. Stadtgemeinde. — 8 1/2 Uhr Stadtkirche: Militärgottesdienst: Herr Militärbefehlshaber v. Fingado. 9 Uhr Stadtkirche: Herr Stadtpfarrer Bräuner. 9 1/2 Uhr Kleine Kirche: Herr Stadtpfarrer v. Kähler. 10 Uhr Stadtkirche: Herr Stadtpfarrer Mühlhauer. 4 Uhr Kleine Kirche: Herr Stadtpfarrer Braun. 6 Uhr Stadtkirche: Herr Stadtpfarrer Braun. — Christenlehre: 10 Uhr Stadtkirche: Herr Stadtpfarrer Bräuner. 11 1/2 Uhr Stadtkirche: Herr Stadtpfarrer Mühlhauer. 11 1/2 Uhr Kleine Kirche: Herr Oberhofprediger D. Helbing. 11 1/2 Uhr Pfandneuhäusliche: Herr Stadtpfarrer Vögelin. — Ludwig Wilhelm Krankeheim: 5 Uhr Abds. Gottesdienst: Herr Hofprediger Dr. Hartmann. — Militärgemeinde: 11 1/2 Uhr Kindergottesd.: Kapellmeister 9: Herr Militärbefehlshaber v. Fingado. — Diakonienhaus: Kirche Samstag den 19. Dezember, Abends 7 1/2 Uhr: Herr Pfarrer Walter. Sonntag den 20. Dezember, Vormittags 10 Uhr: Herr Pfarrer Walter. Abds. 7 1/2 Uhr: Herr Pfarrer Walter. — Ev. Kapelle des Krankeheims: 10 Uhr Gottesdienst: Herr Pfarrer Ramin. — Ev. Gottesdienst im Stadtteil Mühlburg: 9 1/2 Uhr Vormittagsgottesd.,

1 1/2 Uhr Christenlehre: Herr Stadtpfarrer R. Helbing.

Katholische Stadtgemeinde. Hauptkirche (St. Stephan), 6 1/2 Uhr Horateum. 7 1/2 Uhr hl. Messe. 8 1/2 Uhr Militärgottesdienst: Herr Divisionspfarrer Berberich. 9 1/2 Uhr Hauptgottesdienst: Herr Kaplan Popp. 11 1/2 Uhr Kindergottesdienst: Herr geistlicher Lehrer Felle. 2 1/2 Uhr Christenlehre für die Knaben. 3 Uhr Belper. Kollekte für arme Theologen. — Sieb Frauenkirche. 6 1/2 Uhr Horate. 8 1/2 Uhr Kindergottesdienst: Herr Kaplan Vink. 9 1/2 Uhr Hauptgottesdienst: Herr Kaplan Kiefer. 2 1/2 Uhr Christenlehre für die Mädchen. 3 1/2 Uhr Abendsandacht. Kollekte für arme Theologiestudierende. — Katholische Kapelle des Gedenkhause. 10 Uhr Gottesdienst: Herr Divisionspfarrer Berberich. — Ludwig-Wilhelm-Krankeheim. 9 1/2 Uhr heilige Messe. — St. Vincenz-Kapelle. 8 Uhr Amt. — St. Franziskushaus, Grenzstraße 7. Sonntag Amt und Predigt. 4 Uhr außerordentliche Dienstbotenversammlung. Wertags 7 Uhr hl. Messe. — St. Peter- u. Paulskirche (Stadtteil Mühlburg). 7 und 8 Uhr Ausheilung der hl. Kommunion. 8 Uhr Frühmesse. 9 1/2 Uhr Hauptgottesdienst mit Predigt. 1 1/2 Uhr Christenlehre. 2 Uhr Abendsandacht. Kollekte für arme Theologen. Beichtgelegenheit jeden Morgen und Nachmittag. — (Mitt.) Katholische Stadtgemeinde. 9 1/2 Uhr Kleine Kirche: heil. Messe mit Spendung des heil. Abendmahls; Beichtrede u. allgemeine Beichte 8 Uhr; Privatbeichte Samstag Nachmittag 3 Uhr: Herr Stadtpfarrer Bodenstern.

Großherzog. Hoftheater zu Karlsruhe.

Samstag den 19. Dezember 1896. Abteilung B. (Gelbe Abonnement-Karten.) 23. Abonnements-Vorstellung.

Die goldne Eva. Lustspiel in drei Akten von Franz von Sckthan u. Franz Koppel-Giffel.

Personen: Frau Eva, Frau Gerhäuser, Frau Barbara, Wittstatterin, Frau Schmidt, Urfel, Wogel, Frau Meyer, Christoph, Altesell, Herr Kempf, Peter, Gessell, Herr Höder, Friedl, Schreijunge, Herr Genter, Ritter Hans von Schwelkingen, Herr Reiff, Graf Red, Herr Brehm, Gräfin Agnes, Frau Böder, Antang: 7 Uhr. Ende: nach 9 Uhr. Kleine Brille.

L. z. Tr. 3655 21. XII. 96. 8 1/2 U. A. Krzch.

Druck und Verlag von Otto Neus, Pirchstraße Nr. 3 in Karlsruhe.